

Kebschull, Dietrich

**Article — Digitized Version**

**25 Jahre BMZ**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Kebschull, Dietrich (1986) : 25 Jahre BMZ, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 11, pp. 534-535

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136212>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## 25 Jahre BMZ

Eine „Dorne ohne Rosen“ nannte der Bundeskanzler Konrad Adenauer das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), als er am 14. November 1961 Walter Scheel zum ersten Minister dieses Ressorts ernannte. Der erfahrene Kanzler und Rosenzüchter spielte damit in weiser Voraussicht auf die vielfältigen Schwierigkeiten an, denen sich das Entwicklungsministerium bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben im Inland und in den Ländern der Dritten Welt in der Folgezeit gegenüber sah. Nach 25 Jahren ist aber festzustellen, daß die Aussage insgesamt wohl doch zu pessimistisch war. Aus der kleinen Koordinationsinstitution, die ihre Tätigkeit mit 34 Beamten in einer Baracke auf dem Hof des Finanzministeriums begann, ist ein fest etabliertes Ministerium geworden. Seine Zuständigkeit für Fragen der Entwicklungspolitik ist klar geregelt und gegenüber den anderen Ministerien deutlich abgegrenzt. Zur Durchführung der Aufgaben in der technischen, finanziellen, personellen und privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit wurden leistungsfähige Einrichtungen geschaffen, die sich auf einen großen und gut ausgebildeten Mitarbeiterstab stützen können.

Trotz der nach wie vor immensen Entwicklungsprobleme kann der amtierende Minister, Jürgen Warnke, vor diesem Hintergrund für sich und seine sechs Vorgänger eine durchaus positive Bilanz ziehen. Anführen läßt sich insbesondere, daß die wirtschaftlichen Erfolge vieler Staaten der Dritten Welt den weitverbreiteten Entwicklungspessimismus deutlich widerlegen. Bei der Unterstützung der Entwicklungsbemühungen ist die Hilfe von außen zu einem wichtigen Faktor geworden. Dabei spielt die Bundesrepublik eine herausragende Rolle. Nach den Vereinigten Staaten gehört sie zusammen mit Frankreich und Japan zur Spitzengruppe der Entwicklungshilfegeber. Im vergangenen Jahr wurden allein an öffentlichen Leistungen 8,7 Mrd. DM bereitgestellt. Insgesamt werden bis zum Ende dieses Jahres mehr als 130 Mrd. DM durch das BMZ für die Dritte Welt aufgebracht worden sein. Hinzu kommt ein erheblich höherer Betrag an privaten Leistungen. Meinungsumfragen machen deutlich, daß sich die Auffassung über Sinn und Notwendigkeit der Entwicklungszusammenarbeit im Zeitablauf erheblich verbessert hat. Fast drei Viertel der Bevölkerung (73 %) sind heute „eher für die Entwicklungshilfe, nur 13 % eher dagegen“.

Trotz gelegentlichen Störfeuers ist die Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit heute als eigenständiger Bereich im Rahmen der gesamten Außenbeziehungen anerkannt. Dabei stehen die Belange der Entwicklungsländer eindeutig im Vordergrund. Grundprinzipien der Zusammenarbeit – wie Hilfe zur Selbsthilfe, besondere Unterstützung armer Länder und Bevölkerungsgruppen oder vorrangige Befriedigung der Grundbedürfnisse – sind unumstritten. Damit hebt sich die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik deutlich von der Politik anderer wichtiger Geberländer ab, die ihren eigenen Interessen einen wesentlich höheren Stellenwert geben.

Die deutsche Hilfpolitik setzt seit Erhard Eppers erster „entwicklungspolitischer Konzeption“ im Jahre 1971 allenfalls auf langfristig positive Effekte für die eigene Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Im Zeitablauf immer mehr auf das Machbare ausgerichtet, erkennt sie die lediglich unterstützende und fördernde Wirkung ihrer Maßnahmen und Programme an und rückt die Rahmenbedingungen und Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer stärker in

den Vordergrund. Diese Ausrichtung wird in den Entwicklungsländern und im eigenen Lande – trotz mancher Kritik im Detail – im allgemeinen anerkannt.

Die berechtigte Freude über das Erreichte sollte allerdings den Blick für das künftig Notwendige nicht verstellen. Denn vieles ist noch zu tun, um die Effizienz der stets knappen Mittel zu steigern. Dabei gilt es, im Sinne echter Partnerschaft, einerseits Bevormundungen der Entwicklungsländer zu vermeiden, andererseits aber mit der angemessenen Sachlichkeit aufzutreten sowie das eigene Vorgehen permanent zu überprüfen. Besonders schwierig wird dies bei der Diskussion der Rahmenbedingungen, die für den Erfolg von Projekten und Programmen von entscheidender Bedeutung sind. Eine Entwicklungspolitik, die sich an den Interessen armer Bevölkerungsgruppen orientiert, kann hier nicht darauf verzichten, die Regierung des Partnerlandes auf Mängel und Inkonsistenzen ihrer Politik hinzuweisen.

Mit dem entwicklungspolitischen Dialog zwischen der Bundesregierung und ihren Partnern wurde ein Instrument eingeführt, das es künftig im Detail auszufüllen gilt. Dies erfordert eine umfassende Analyse der makroökonomischen, sektoralen und regionalen Auswirkungen der wirtschafts- und entwicklungspolitischen Konzepte und Programme, um die Projekte besser in die Gesamtwirtschaft einzubetten. Dies gilt besonders im Hinblick auf die erforderlichen Strukturanpassungen, die künftig auch von deutscher Seite durch spezielle Kreditangebote unterstützt werden sollen. Diese Kredite sind ohne ausreichende Berücksichtigung der gesamten ökonomischen Zusammenhänge und Wirkungsketten sinnlos. Der Dialog bliebe ohne Substanz.

Dabei ist zu betonen, daß der auf effizientere Entwicklungspolitik ausgerichtete Dialog nicht zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes ausarten darf. Es kann immer nur darum gehen, gemeinsam die Konsequenzen bestimmter Vorgehensweisen zu erörtern und so die Erfolgsbedingungen der gesamten Entwicklungsbemühungen zu verbessern. Dies schließt auch Diskussionen über die Frage der Wirtschaftsordnung ein, insbesondere seitdem wissenschaftliche Untersuchungen die deutliche Überlegenheit marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen nachgewiesen haben.

Eine stärkere Orientierung der Entwicklungsländer an marktwirtschaftlichen Prinzipien impliziert aber auch ein konsequenteres Eintreten für die Einhaltung der ordnungspolitischen Spielregeln im eigenen Lande. Der allgemein wachsende Hang zu Subventionen und Protektionismus kann aus entwicklungspolitischer Sicht nicht länger hingenommen werden. Es gehört deshalb zu den wichtigsten zukünftigen Aufgaben des BMZ, sich auf diesem Gebiet besonders zu engagieren.

Darüber hinaus erscheint eine Effizienzerhöhung durch Verbesserung der Trägerstrukturen angezeigt. Bisher wurde versucht, die Zielgruppen vor allem über staatliche Träger zu erreichen. Der deshalb forcierte Aufbau staatlicher Institutionen entpuppte sich jedoch nur als sehr begrenzt geeignet. Auch die deshalb in jüngerer Zeit verstärkte Ausrichtung auf sogenannte Nicht-Regierungsorganisationen erwies sich nicht als Patentlösung. Zu oft sind die Organisationen im Entwicklungsland de facto „verstaatlicht“ oder den gleichen negativen Einflüssen ausgesetzt wie staatliche Einrichtungen. Der hohe Verwaltungsaufwand, die geringe Flexibilität und die immensen Folgekosten bei dem Weg über staatliche oder quasi-staatliche Stellen ließen sich bei einer direkten Zusammenarbeit mit den Zielgruppen weitgehend vermeiden. Die in diesem Zusammenhang empfehlenswerte direkte Kooperation mit privaten Trägern ist jedoch noch relativ wenig entwickelt.

Zur Steigerung der Wirksamkeit der deutschen Entwicklungsbemühungen dürfte es daher notwendig sein, der Stärkung marktwirtschaftlicher Elemente in den Volkswirtschaften der Dritten Welt einen höheren Stellenwert einzuräumen und die Trägerschaftsfrage flexibel zu beantworten. Dabei wird es notwendig sein, Neuland zu betreten, das bestehende Instrumentarium auszubauen und vorhandene Verwaltungsregelungen in Frage zu stellen sowie die Bemühungen um die Geberkoordination voranzutreiben.

Daß dies nicht ohne Schwierigkeiten zu bewerkstelligen sein wird, ist selbstverständlich. Aber im Hinblick auf das Ziel erscheint auch ein großer Aufwand als lohnend. Das BMZ hat in den 25 Jahren seines Bestehens vieles erreicht, was vorher kaum für möglich gehalten wurde. Es sollte den eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgen.